

Hohe Tourismusabgaben sind undemokratisch und marktverzerrend

Tourismusabgaben sind auf verschiedensten Ebenen in Graubünden ein Thema: Nachdem das kantonale Tourismusabgabengesetz (TAG) abgelehnt wurde, sind laufend Gemeinden daran ein eigenes Gesetz einzuführen.

Seit eineinhalb Jahren sind erste Klagen vor Verwaltungsgericht hängig, und die Regierung arbeitet an verschiedenen Gesetzesänderungen, um die rechtliche Grundlage für Tourismusgebühren zu verbessern. Eine grundsätzliche Diskussion über den Sinn solcher Gebühren wird jedoch nicht geführt.

TOURISMUSABGABEN HABEN TRADITION

Tourismusabgaben gibt es schon aus den Anfängen des Tourismus. Als die Feriorte noch mehrheitlich von der Landwirtschaft geprägt waren, sollten die Gäste mit moderaten Kurtaxen einen Teil der Infrastruktur mitfinanzieren. Bauern und Hoteliers hatten nicht die Mittel dazu. Mit den Veränderungen im Tourismus sehen heute jedoch viele Gemeinden überhöhte Tourismusabgaben als Allerheilmittel zur Mittelbeschaffung. Besonders Zweitwohneigentümer werden übermässig belastet. Da diese weder stimm- noch wahlberechtigt sind, ist dies ein einfacher Weg.

Zweitwohneigentümer werden übermässig belastet.

TOURISMUSGESETZ SCHALTET DEMOKRATISCHE AUSGABENKONTROLLEN AUS

Doch nicht nur die Erhebung der Gebühren ist undemokratisch, sondern auch die Vergabe der eingenommenen Mittel. Der grösste Teil der Einnahmen fliesst in Tourismusorganisationen, welche dann innerhalb ihrer Reglemente in grösseren Destinationen Millionenbeträge relativ frei



Eine Grundsatzdiskussion über Tourismusabgaben findet kaum statt

verteilen können. Würden gleich hohe Summen aus dem ordentlichen Budget der Gemeinden gesprochen, müssten diese meistens an Gemeindeversammlungen oder Urnenabstimmungen genehmigt werden. Die Überzeugung des Stimmbürgers für die Projekte wäre erforderlich. Mit den Tourismusgesetzen werden so demokratische Ausgabenkontrollen ausgeschaltet. Entscheidungsträger in den Tourismusorganisationen sind meistens Vertreter der etablierten Strukturen, so Bergbahnen, Hoteliers und (Bau-)Gewerbe. Monopolistische Strukturen werden dadurch gestärkt. Unternehmerische Initiativen ohne Zugang zum Honigtopf haben es entsprechend schwer. Innovation wird verhindert oder zumindest behindert.

ANBIETER BESTIMMEN, WAS DER MARKT BRAUCHT, NICHT DIE NACHFRAGER

Was der Markt braucht, wird ebenfalls von den gleichen etablierten Marktteilnehmern bestimmt: Verschiedenste Angebote werden kreiert. Werden diese genutzt, werden sie als Marktbedürfnis definiert, ohne zu hinterfragen, ob die Nutzer auch bereit wären, einen marktgerechten Preis

dafür zu bezahlen. Nicht subventionierte Angebote haben es umso schwieriger, in diesem Umfeld Erfolg zu haben. Überhöhte Tourismusabgaben, wie sie heute in vielen Destinationen erhoben werden, sind deshalb grundsätzlich zu hinterfragen. Sie entsprechen weder demokratischen noch marktwirtschaftlichen Grundsätzen.

*Reto Fehr, Vorstandsmitglied
«Allianz Zweitwohnungen Schweiz»*

Kurse, die Resultate bringen

Der Hauseigentümerverband Graubünden bietet zahlreiche praxisnahe Kurse an, welche für die Hauseigentümer massgeschneidert sind. Erfahrene, fachlich kompetente Referenten führen durch die Seminare. Diese finden im Kurslokal des HEV Graubünden in Landquart statt.